

WORT UND WIDERWORT

NRW setzt auf Kraft und Eigenverantwortung der Regionen

Von
Ernst-Otto Stüber

Bei der Bewältigung des Strukturwandels hat sich bei uns in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren ein neuer, wichtiger Produktionsfaktor entwickelt: Die regionale Kooperation und Kommunikation der für die Wirtschaft Verantwortlichen vor Ort. Diese Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Kommunen, der örtlichen Hochschulen, Gewerkschaften, Kammern, Unternehmen und Verbänden hat sich für die Überwindung der Strukturprobleme unseres Landes, vor allem in den Montanregionen, als erfolgreich erwiesen. Sichtbarer Ausdruck dieser Kooperation ist die Einrichtung von Regionalkonferenzen, bei der Vertreter der Regionen gemeinsam über neue Ideen, wichtige Initiativen und zukunftsgerichtete Investitionen beraten. Regionalkonferenzen wurden nicht „von oben“ durch die Landesregierung verordnet, sie haben sich „von unten“ entwickelt: zuerst im Rahmen der Zukunfts-

Von
Laurenz Meyer

Schon anderthalb Jahre nach Einführung der Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen wird die Frage aufgeworfen, ob oder besser noch wie diese Zusammenkünfte in Zukunft durchgeführt werden sollen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß viele dieser Regionalkonferenzen im vergangenen Jahr unter ausgesprochen chaotischen Umständen abgelaufen sind. Zudem führte der von der Landesregierung vorgegebene Konsenszwang der Regionalkonferenzen lediglich dazu, daß alle vorhandenen Wünsche zusammengetragen wurden. Die Landesregierung hat sich anschließend an die angemeldeten Prioritätensetzungen in den seltensten Fällen gebunden gefühlt. Diese kritische Bestandsaufnahme darf aber nicht dazu führen, regionalisierte Strukturpolitik abzulehnen. Das Zusammenwachsen des Europäischen Binnenmarktes und die Öffnung der osteuropäischen Nachbarstaaten zwingen auch die Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen, die Wirtschaftsregionen neu zu definieren. Die Regionen müssen aber von unten, das heißt durch freiwillige und gewollte gemeinsame Anstrengungen der Städte und Gemeinden

Von
Hagen Tschoeltsch

Selbstverständlich braucht eine effektive Strukturpolitik als Grundlage vernünftige regionale Entwicklungskonzepte, die Strukturdefizite definieren und Möglichkeiten aufzeigen, sie auszugleichen. Wir Liberale haben es stets ganz besonders begrüßt, wenn in die Erarbeitung solcher Konzepte der lokale Sachverstand vor Ort auf möglichst breiter Basis einbezogen wird. Bürgerschaftliche Beteiligung und Rat sind willkommen — allerdings darf die parlamentarische Verantwortung der (Stadt-) Räte nicht ausgeklammert werden! Das war einer der Kardinalfehler der Regionalkonferenzen „alter Art“, die ganz gezielt in die Verantwortung der Bezirksplanungsräte eingegriffen haben. Die Landesregierung hat insoweit nach der Landtagswahl den Kurs gewechselt und will die Gremien der Städte und Kreise stärker in die Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte einbeziehen. Damit sind allerdings noch längst nicht alle Bedenken ausgeräumt:

Von
Dr. Manfred Busch

Die traditionelle Regionalpolitik (Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung, NRW-Regional- und Technologie-Förderung usw.) kann trotz des enormen Mitteleinsatzes keine nennenswerten Fördererfolge nachweisen. Wohl deshalb wollte die Landesregierung mit Hilfe der „Regionalkonferenzen“ frischen Wind in die Regionalpolitik bringen. Es entspricht durchaus Grünen-Grundsätzen, die Wirtschaftspolitik so dezentral und so betroffenennah wie möglich zu gestalten. Das heutige Verfahren der Landesregierung zur Bildung von „Regionalkonferenzen“ führt allerdings zum Gegenteil: die Teilnehmer repräsentieren vor allem die Unternehmen und die kommunalen Verwaltungsspitzen — alle anderen Gruppen werden ausgegrenzt (z. B. Selbstverwaltungswirtschaft) oder in eine Nebenrolle (z. B. Gewerkschaften) abgedrängt. Es fehlt jegliche demokratische Le-

SPD: Zusammenarbeit hilft beim Strukturwandel

initiative Montanregionen (ZIM), wenig später dann landesweit. Damit sind wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Weg gegangen. Wir haben bewußt auf die Eigenverantwortung, das Engagement und die Kraft zur Selbstorganisation der Regionen gesetzt. Mit Hilfe dieser regionalen Entwicklungskonzepte — wie sie auch von der Kommission Montanregionen unter Leitung von Professor Mikat gefordert wurden — sollen sich die Regionen auf zukünftige Herausforderungen vorbereiten und eigene Zukunftsvorstellungen erarbeiten. Wichtig ist uns hierbei eine umfassende Berücksichtigung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der sozialen, ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Region. Mit diesem Konzept wollen wir unsere regionalisierte Strukturpolitik fortsetzen. Die CDU-Opposition muß sich fragen lassen, warum sie auf Landesebene von diesem einstmaligen gemeinsamen Weg zunehmend abweicht, während ihre Vertreter auf regionaler Ebene ebenso wie Kammern, Unternehmen und Verbände weiterhin konstruktiv mitarbeiten.

CDU: Keine Regionalkonferenzen

wachsen und dürfen nicht von oben aufgezwängt werden, wie dies mit den Regionalkonferenzen und den von der Landesregierung geforderten regionalen Entwicklungskonzepten derzeit geschieht. Im internationalen Standortwettbewerb ist es wichtig, daß die Wirtschaftsregionen Nordrhein-Westfalens eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten wahrnehmen, ihre Stärken herausarbeiten und strukturelle Schwächen überwinden. Dabei haben großstädtische Verdichtungsgebiete und ländlich strukturierte Gebiete ihre spezifischen Entwicklungschancen. Diesen Weg müssen aber die Kommunalpolitiker und die örtlichen Wirtschaftsförderer selbst gestalten und verantworten. Die Landesregierung hat in diesem Prozeß Anstöße zu geben, Finanzierungsspielräume zu schaffen statt sie zu beschneiden und den Interessenausgleich zwischen den Regionen zu unterstützen. Zusammenfassend heißt das: Der Blick über den Tellerrand der eigenen Gemeinde, d. h. regionalisierte Strukturpolitik und regionale Zusammenarbeit sind das Gebot der Stunde für die gewählten Verantwortlichen in allen Teilen unseres Landes. Aber aufgestülpte, demokratisch von niemandem legitimierte Regionalkonferenzen und neue zusätzliche Entscheidungsebenen, die durch die Landesregierung geschaffen werden, werden von der CDU-Landtagsfraktion abgelehnt.

F.D.P.: Konzepte ja, aber keine Mauschel-Runden

Weder sind die Regionen eindeutig gegeneinander abgegrenzt noch besteht Übereinstimmung über die Auswahl der Teilnehmer. Entscheidend kommt es darüber hinaus jedoch auf die konkrete Funktion der Regionalkonferenz an: Sie dürfen nicht Mauschel-Runden sein, in denen de facto die Prioritäten von strukturverbessernden Investitionsprojekten festgelegt werden. Dazu fehlte und fehlt den Regionalkonferenzen jede demokratische Legitimation und Kontrolle; die Teilnehmer können nicht zur Verantwortung gezogen werden. Wir Liberalen werden streng darauf achten, daß nicht ein falscher Weg in Richtung von „Strukturräten“ eingeschlagen wird. Die Aufgabe von Regionalkonferenzen kann es deshalb nur sein, zunächst den Verantwortlichen in Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten sowie in den Bezirksplanungsräten sachverständige Entscheidungshilfen für möglichst intelligente regionale Entwicklungskonzepte an die Hand zu geben. Nach Bündelung und gegenseitiger Gewichtung der einzelnen regionalen Entwicklungskonzepte fließen die Vorschläge der Regionalkonferenzen sodann in die Strukturpolitik auf Landesebene ein.

DIE GRÜNEN: Gegen Filz- und Klüngelrunden

gitimation und Transparenz: Weder die Zusammensetzung noch die Aufgaben und Kompetenzen der „Regionalkonferenzen“, ja nicht einmal die Abgrenzung der Regionen selbst, sind auch nur annähernd geklärt. So bilden sich Filz- und Klüngelrunden. Die höheren Weihen des „regionalen Konsens“ verschleiern — angesichts unklarer Förderkriterien und ellenlanger Projektlisten — eine faktische Entscheidungscentralisierung auf ministerieller Ebene. Ergebnis ist eine vordemokratische, konzeptionslose Töpfchenwirtschaft, mit der Minister Lokalpolitik machen: Hier noch ein Technologiezentrum, da noch eine Industriemesse — das gibt immer schöne Bilder in der Lokalpresse. Wir wollen im Rahmen regionaler Entwicklungskonzepte, die an den Bedürfnissen und Potentialen der Regionen anknüpfen, ökologische und soziale Ziele in den Mittelpunkt der Regionalpolitik stellen. Subventionsmittel sind deshalb an entsprechende Auflagen zu binden; Förderverträge müssen verbindliche und umsetzbare Bestimmungen zur Rückzahlung der Förderung enthalten, wenn die Auflagen nicht eingehalten wurden.